

Keine eindeutigen Zinssignale beim Notenbanktreffen in Jackson Hole  
**Durchwursteln und abwarten**

Es ist wohl kein Zufall, daß zwei Gipfel gleichzeitig stattfanden: in den Rocky Mountains an der Westgrenze von Wyoming das jährliche Economic Symposium der US-Zentralbank Fed im Ski- und Wanderort Jackson Hole, das ein Dornröschenschläfchen führte, bis der damalige Fed-Chef Ben Bernanke die ursprünglich rein akademische Veranstaltung zur Verkündung seiner Pläne nutzte; und der BRICS-Gipfel 15.500 Kilometer entfernt in Johannesburg, wo der südafrikanische Winter derzeit ungefähr die gleichen Temperaturen beschert wie der Sommer in Jackson Hole. Mit dem Wetter enden aber auch schon die Gemeinsamkeiten.

Fed-Chef Jerome Powell lieferte eine Rede, die jeder nach seinem Geschmack interpretieren kann. Die US-Inflation (Juli: 3,2 Prozent) sei noch zu hoch, und der Arbeitsmarkt zeige erste Schwächen, und die Zinsen seien schon restriktiv hoch. Die Fed werde auch keine Erwartungen mehr über künftige Zinsentscheidungen schüren. Auf die Gewißheit von vor ein paar Jahren, Zinsen müßten langfristig niedrig bleiben, folgt also ein „Abwarten und Durchwursteln“, das vornehm als „datenabhängig“ umschrieben wird. Eine Einsicht, daß sich die Wirtschaft nicht mit linearen Regressionsmodellen vorhersagen läßt, ist das aber noch lange nicht. EZB-Chefin Christine Lagarde war expliziter: Im Euroraum (Inflation im Juli: 5,3 Prozent) würden Zinsen „so lange wie nötig“ hoch bleiben. Zwei Prozent bleibt Powells und Lagardes Inflationsziel.

Man muß dem Amerikaner zugestehen, daß er keine leichte Aufgabe hat angesichts von Präsident Joe Bidens Subventionspolitik. Zu Zeiten eines engen Arbeitsmarkts fährt er ein inflationstreibendes Haushaltsdefizit von fünf

Prozent der Wirtschaftsleistung, wie man es sonst nur aus Krisenzeiten kennt. Das soll seine Wiederwahl 2024 sichern. Das durch schnelle Zinserhöhungen auszugleichen ist problematisch, wie man an den daraus resultierenden Bankenpleiten und dem kurz bevorstehenden Zusammenbruch des Markts für Gewerbeimmobilien sieht. Powell ist sich der Gefahren von Über- wie Unterreaktion bewußt. Doch erfahrungsgemäß scheitern alle Versuche einer „weichen Landung.“ Zinserhöhungen haben immer überraschende Nebeneffekte.

In den BRICS-Ländern sieht es anders aus. China senkte Zinsen in der Hoffnung, die Auswirkungen der Immobilienkrise aufzufangen. Zwangsläufig entstehen Währungsprobleme, was die KP-Führung durch eine Anweisung an Banken, Renminbi zu kaufen, aufzufangen versucht. Brasilien konnte die Zinsen senken, weil dort im März 2021 mit Erhöhungen reagiert wurde. Rußland hingegen erhöhte seine Zinsen. Brasiliens Vorschlag einer goldgedeckten Währung stand nicht auf der Tagesordnung. Einigen konnten sich die fünf Länder stattdessen auf alternative Zahlungssysteme (JF 30-31/23). Mehrere Minister verlautbarten, „BRICS Pay“ solle kein Gegenstück zum westlichen Swift-System werden. Aber was dann?

Die Formulierung, die alle Minister wählten, es solle den Handel in Währungen erleichtern, klingt dann doch wieder wie ein Ersatz von SWIFT. Erst in einem Jahr auf dem nächsten Treffen im russisch-tatarischen Kasan sollen die BRICS-Finanzminister einen Bericht zum Zahlungssystem vorlegen. Zu Kriegszeiten ist das eine Ewigkeit. Vielleicht ist das Problem doch nicht so brennend?

► www.brics-pay.com



von  
**Thomas Kirchner**

„Das neue Zahlungssystem BRICS Pay soll kein Gegenstück zum westlichen Swift-System werden.“

Niedrigere Mehrwertsteuersätze für zeitgeistige Pflanzendrinks

**Gefährliche Lobbyisten**

Von **Jörg Fischer**

Ob Tim Klüssendorf erneut das SPD-Direktmandat in Lübeck gewinnt, ist angesichts der Umfragewerte der Kanzlerpartei unsicher. Immerhin ist der 32jährige Juso erstmals bundesweit in die Schlagzeilen geraten – allerdings mit einer eigenwilligen Interpretation seines angeblichen Steckbriefs „Gerechtigkeit“: Er könne sich „sehr gut vorstellen, die Mehrwertsteuer auf Milchersatzprodukte bereits kurzfristig im Rahmen der anstehenden Verhandlungen zum Jahressteuergesetz zum 1. Januar 2024 auf sieben Prozent zu reduzieren“, erklärte der BWLer in der *Welt am Sonntag*.

Billigere „vegane“ Chemiecocktails aus Hafer, Kokos oder Soja – das findet auch der 27jährige Lübecker Grünen-Abgeordnete Bruno Hönel gut: „Pflanzenmilch“ sei eine „Alternative zu Kuhmilch“ und zudem sei sie angeblich „klimafreundlicher“. Neu ist die Idee der holsteinischen Hinterbänker nicht. Das Umweltbundesamt (UBA) fordert seit Jahren, die Mehrwertsteuer für alle pflanzlichen Lebensmittel ganz abzuschaffen. Und das ist seit 2022 auch prinzipiell möglich: Die EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie erlaubt seither sogar eine komplette Befreiung der Lebensmittel von

der Mehrwertsteuer. Und angesichts der hohen Inflation wäre das für Deutschland ein „Gerechtigkeitsprogramm“, das echte Sozialdemokraten für ihre Wähler längst fordern könnten. Doch Klüssendorf und Hönel geht es um etwas anderes: Sie machen Klientelpolitik für ihre „woke“ Blase, und sie wollen wie das UBA mit Steuern „steuern“ – spricht: erziehen.

Denn der Staat braucht die dreistelligen Milliardenereinnahmen durch die Mehrwertsteuer: „Die jährliche steuerliche Begünstigung durch den ermäßigten Umsatzsteuersatz beträgt fast 35 Milliarden Euro“, rechnete der Bundesrechnungshof (BRH) im Januar vor. Zur „Gegenfinanzierung“ der billigen Sojamilch könnte dann à la Penny-Markt (JF 33/23) der Preis für Milch, Käse und Fleisch steigen. Dies hat das UBA wegen des „Klimaschutzes“ längst vorgeschlagen. Der BRH drückt es etwas bürokratischer aus: Steuerliche Mehreinnahmen lassen sich „unmittelbar durch die Einschränkung des Katalogs der ermäßigten besteuerten Leistungen erzielen“. Die Mehrwertsteuer auf Speisen in Hotels und Gasthöfen soll schon ab 2024 auf 19 Prozent steigen. Am Ende heißt es immer: Der Bürger soll unter dem Strich mehr zahlen.

**Brüssel braucht mehr Geld**

**EU-Etat: Neue Eigenmittel verlangt / Bringt Haushaltsnot den Paradigmenwechsel zur eigenen Steuerkompetenz?**

DIRK MEYER

Die EU braucht mehr Geld. Der 2021 in Kraft getretene „Mehrjährige Finanzrahmen“ (MFR) für den Zeitraum 2021 bis 2027 im Gesamtvolumen von 1.216 Milliarden Euro scheint nicht auszureichen. Zeitgleich wurde der schuldenfinanzierte Corona-Aufbaufonds „NextGenerationEU“ (NGEU/807 Milliarden Euro) beschlossen – beide Angaben in laufenden Preisen. Die zugrundeliegenden Annahmen, Prognosen und Zielsetzungen sind teils überholt, so daß die EU-Kommission kürzlich einen Mehrbedarf von 65,8 Milliarden Euro (5,4 Prozent) zur Aufstockung des MFR gegenüber den EU-Mitgliedstaaten anmeldete.

Wie werden die Mehrausgaben begründet? Da sind erstens die gestiegenen Zinskosten für den NGEU, für den die EU-Staaten garantieren – Deutschland mit jährlich bis zu 32,6 Milliarden Euro. Die EU-Kommission kalkuliert mit einem Zinsanstieg auf 1,15 Prozent. Doch der Zinssatz für zehnjährige EU-Anleihen stieg von 0,09 Prozent (2021) auf 3,2 Prozent im Mai 2023. Die scheinbar kostengünstige Finanzierung entpuppt sich als Kostenfalle. Denn auch die Rating-Herabstufung Frankreichs als Garantgeber verteuert die künftige Schuldenaufnahme. Ergebnis: Statt 14,9 Milliarden Euro Zinsausgaben ein Mehrbedarf allein bis 2027 von 18,9 Milliarden Euro – für den österreichischen Haushaltskommissar Johannes Hahn (ÖVP) „primär technischen Faktoren geschuldet“.

**Alle 27 Mitgliedstaaten müssen einer Finanzreform zustimmen**

Zweitgrößte Position mit einer Netto-Belastung von 17 Milliarden Euro ist die finanzielle Beteiligung der EU am Rußland-Ukraine-Krieg. Hierzu wird eine „Fazilität für die Ukraine“ – Finanzhilfen, Darlehen und Garantien umfassend – mit einer Gesamtkapazität von 50 Milliarden Euro im Zeitraum 2024 bis 2027 „zur Deckung des unmittelbaren Bedarfs der Ukraine sowie für ihren Wiederaufbau und ihre Modernisierung auf ihrem Weg in die EU“ errichtet. Die Darlehen an die Ukraine sollen wiederum durch die Aufnahme von EU-Anleihen finanziert werden, für die letztendlich die EU-Staaten garantieren.

Schließlich ist eine Aufstockung des EU-Haushalts in Höhe von 15 Milliarden Euro für „Migrationsmanagement, Stärkung von Partnerschaften und Bewältigung von Notlagen“ vorgesehen, um „auf die inneren und äußeren Herausforderungen

**Neuer Finanzbedarf für die EU bis 2027**

in Milliarden Euro

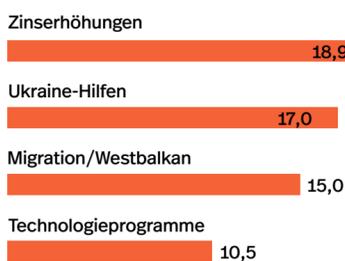


FOTO: GBRK. QUELLE: EU-KOMMISSION



**EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen und EZB-Präsidentin Christine Lagarde:** Die stark gestiegenen Zinsen belasten das kreditfinanzierte EU-Budget

durch Migration reagieren zu können und die Partnerschaft der EU mit wichtigen Drittländern zu stärken“. Neben zwei Milliarden Euro für Grenzkontrollen, 10,5 Milliarden Euro unter anderem für den Westbalkan und Flüchtlinge sind 2,5 Milliarden zur Unterstützung der Reaktionsfähigkeit der EU bei Krisen und Naturkatastrophen vorgesehen.

Gemäß dem Grundsatz guter Haushaltsführung wären zunächst Antworten auf folgende Fragen zu finden: Was sind die notwendigen EU-Aufgaben gemäß dem Subsidiaritätsprinzip (Artikel 5 EU-Vertrag)? Welche Maßnahmen sollen konkret ergriffen werden (Wirksamkeit)? Welche Ausgaben fallen dafür an (Kosteneffizienz)? Und welche Einnahmequellen sollen hinsichtlich Einfachheit der Erhebung, Transparenz und Angemessenheit herangezogen werden?

Auf die Anmaßung von Aufgaben durch die EU (Agrarsubventionen, Investitionsförderung für Industrie und Klimaschutz), eine mangelnde Wirksamkeit von Maßnahmen (EU-Grenzschutz, Bekämpfung von Migrationsursachen, Klimaschutz) und die Geldverschwendung (sechs Prozent des Haushalts sind Verwaltungsausgaben; intransparente Bestellung von Corona-Impfstoffen; überbelegte Haussanierungen in Italien, JF 32/23) soll hier nicht näher eingegangen werden. Dennoch sind dies Hinweise, daß Haushaltsmittel bei entsprechender Prüfung alleine durch Umschichtungen vorhanden wären.

Hinzu kommt, daß aus dem NGEU an die Mitgliedstaaten derzeit lediglich 19 Prozent abgeflossen sind, obwohl dieser Fonds „eine einmalige Gelegenheit [ist], gestärkt aus der Pandemie hervorzugehen“ – also ein zeitnaher Mittelabfluß geboten erscheint. Der Grund liegt in den zumeist völlig unzureichenden nationalen Planungskapazitäten, um die zugesagten Mittel – möglichst sinnvoll – einzusetzen. Stattdessen schlägt die EU-Kommission neue „Eigenmittel“ vor, für die die Eigenmittelverordnung gemäß Artikel 311 AEU-Vertrag geändert werden müßte – Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten vorausgesetzt. Hierbei ist die Besonderheit der EU als supranationaler Zusammenschluß der 27 Mitgliedstaaten hervorzuheben.

Die EU ist zwar mehr als ein Staatenbund auf völkerrechtlicher Grundlage, aber kein Bundesstaat. Deshalb besitzt die EU auch keine eigene

Steuerhoheit, sondern ist auf Beiträge und Zuweisungen der Mitglieder angewiesen – ähnlich dem Bismarckschen System der Matrikularbeiträge der Länder an das Deutsche Reich. Bislang bestehen die Eigenmittel (Stand 2021) vornehmlich aus Zöllen (zwölf Prozent), Beteiligungen an den nationalen Mehrwertsteuer-Einnahmen (elf Prozent) und Bruttonationaleinkommen (BNE)-Eigenmitteln (73 Prozent), die sich nach der Wirtschaftskraft der Staaten (Bruttoinlandsprodukt plus Saldo der Primäreinkommen mit dem Ausland) bemessen. Insgesamt dürfen die Eigenmittel 1,4 Prozent der Wirtschaftskraft nicht überschreiten.

**Reform der Verschuldungsregeln könnte dringlicher werden**

Nach dem Willen der EU-Kommission soll eine neue Unternehmensabgabe und eine höhere Beteiligung am Emissionshandelssystem (ETS) zu zusätzlichen Einnahmen führen. Die Unternehmensabgabe würde 0,5 Prozent der Unternehmensgewinne betragen. Sie wäre zunächst kein Steueraufschlag für die Unternehmen, jedoch von den Mitgliedstaaten abzuführen und würde deshalb deren Steuereinnahmen schmälern. Einzelne Mitgliedstaaten fühlen sich überdurchschnittlich belastet, was die Verhandlungen zusätzlich erschwert. Jährlich wird mit 16 Milliarden Euro an Mehreinnahmen gerechnet, die zur Schuldentilgung für den NGEU verwendet werden sollen.

Außerdem sollen Mehreinnahmen aus dem Emissionshandelssystem durch die erhöhte Abgaben-Beteiligung ab 2024 etwa sieben Milliarden Euro (2028 bis zu 19 Milliarden Euro) und eine geänderte Berechnung des CO<sub>2</sub>-Grenzpreises (CBAM, JF 18/23) 1,5 Milliarden Euro pro Jahr erbringen. In der Summe würde das den EU-Haushalt um 25 bis 36 Milliarden Euro jährlich „bereichern“ – zu Lasten der Mitgliedstaaten, die deshalb die Verhandlungen unterbrochen haben. Parallel drängt die EU-Kommission auf eine Aufweichung bzw. Flexibilisierung der Verschuldungsregeln – ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

**Prof. Dr. Dirk Meyer** lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

[jf.de/podcast](http://jf.de/podcast)

Bei uns gibt es jetzt was auf die Ohren. Woche für Woche.

In ihrem wöchentlichen Podcast berichten die Volontäre der JF über ihr Abenteuer Meinungsfreiheit, das sie bei der Produktion von Deutschlands aufregendster Wochenzeitung immer wieder neu erleben. Eine ganz persönliche Portion Spaghetti Volognese.



Hören Sie rein. Auf den gängigen Plattformen: und auf [jf.de/podcast](http://jf.de/podcast)

**JUNGE FREIHEIT**  
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.